

Sicherheitsgefühl in Leverkusen stärken – Sicherheit neu strukturieren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Zur Stärkung und Aufrechterhaltung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Stadt Leverkusen prüft die Verwaltung die Umsetzung nachfolgend aufgeführter Maßnahmen bzw. berücksichtigt nachfolgende Aspekte bei ihrer Aufgabenwahrnehmung:

1.

Die Stadt Leverkusen schließt eine neue Kooperationsvereinbarung mit der Polizei Köln. Ziel ist – über die gemeinsame Durchführung von Jugendschutzkontrollen hinaus – die verbindliche Vereinbarung regelmäßiger gemeinsamer Schwerpunktaktionen und -kontrollen. In diesem Zusammenhang wird auch die Durchführung gemeinsamer Streifen durch Mitarbeitende des Fachbereiches Recht und Ordnung bzw. des privaten Sicherheitsdienstes und der Polizei insbesondere in der "hellen Jahreszeit" (April bis Oktober), vornehmlich in den Abendstunden der Wochenenden, geprüft.

2.

Bei städtebaulichen Maßnahmen bzw. bei Bauvorhaben von Wohnungsbau-gesellschaften (insbesondere auch der städtischen Tochtergesellschaft WGL, die hier eine Vorbildfunktion einnehmen kann) sowie Investoren werden kriminalgeographische Aspekte in den Planungen und der Realisierungsphase berücksichtigt. Ferner wird geprüft, ob eine Berücksichtigung kriminalgeographischer Aspekte verpflichtend in die verbindliche Bauleitplanung aufgenommen werden kann.

3.

Die Stadt Leverkusen trägt durch Beseitigung von starker Verschmutzung, Vermüllung und Verwahrlosung sowie durch die Gewährleistung ausreichender Beleuchtung von Wohngebieten zur Nachtzeit in besonders von diesen Zuständen betroffenen Quartieren zur Verhinderung der Entstehung von sog. "Angsträumen" im Stadtgebiet bei. Hierzu erstellt die Stadt Leverkusen eine Prioritätenliste. Für die Beseitigung erforderliche Haushaltsmittel werden entsprechend etatisiert.

Bei Wohnungsbau-gesellschaften und Privateigentümern wird auf die Durchführung vorgenannter Maßnahmen hingewirkt.

Begründung:

Der Stand der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens sind elementarer Bestandteil der Lebensqualität. Durch verschiedene Studien ist belegt, dass eher eine Kriminalitätsfurcht vor Vandalismus sowie leichter Kriminalität besteht. Hingegen bestehen kaum Befürchtungen, Opfer von schweren Straftaten zu werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in ihrer Stadt weiterhin sicher fühlen und sich

unbefangen in ihrer Stadt bewegen können. Die Verwaltung der Stadt Leverkusen ist auf diesem Gebiet ein wesentlicher Akteur.

Zu 1:

Eine in der Vergangenheit geschlossene Kooperationsvereinbarung mit der Polizei Köln wurde 2010 durch die Stadtverwaltung gekündigt und hat nach Kenntnis des Bündnisses bislang keine Neuauflage erfahren. Eine Kooperationsvereinbarung ist jedoch insofern zielführend, dass eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung verbindlich vereinbart ist und Schnittstellen bei der Wahrnehmung originärer Zuständigkeiten identifiziert und optimiert werden können.

Am Beispiel der politischen Diskussion um das STEK Opladen und der Neugestaltung der Bahnhofstraße zeigt sich, dass das subjektive Sicherheitsgefühl ein aktuelles Thema ist. Durch verschiedene Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern wird aufgezeigt, dass sich - über die Stadt verteilt - insbesondere in den wärmeren Monaten Einsatzanlässe wie Pöbeleien und Ruhestörungen häufen und zu einer Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls führen. Im Rahmen gemeinsamer Streifen und Aktivitäten können sowohl Stadt als auch Polizei gemeinsam ihren originären Zuständigkeiten nachkommen und Maßnahmen ergreifen.

Zu 2:

Bauliche Maßnahmen zur Schaffung von "defensible Space" leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Öffentliche, häufig frequentierte Bereiche sollten u. a. so gestaltet werden, dass sie zu jeder Tageszeit hell und gut einsehbar sind und anlassbezogen leichte Fluchtmöglichkeiten bieten.

Zu 3:

Verwahrlosung, starke Verschmutzung oder unzureichende Beleuchtung erwecken den Eindruck fehlender Sozialkontrolle bzw. weisen darauf hin. In der Folge ziehen sich Bewohner eines Wohngebietes wegen fehlender Identifikation in ihre Häuser zurück. Eine Beseitigung solcher Zustände sowie die Initiierung gemeinschaftlicher Maßnahmen zur Beseitigung von Abfall und Verschmutzungen (wie z. B. die bereits alljährlich durchgeführte Aktion „Wir für unsere Stadt“) kann zu einer Stärkung der Sozialkontrolle in der Nachbarschaft führen.